

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Cagelblatt Auergebirge. Fernsprecher 23. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 9.

Dienstag, 13. Januar 1914.

9. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Die beiden Kammern des sächsischen Landtages nehmen heute ihre Sitzungen nach der Weihnachtspause wieder auf.

Das unter dem Protektorat des deutschen Kronprinzen stehende Hochwasserkomitee hat eine Hilfsaktion eingeleitet.

Die amtliche Untersuchung in Javern wegen der Zustände auf dem dortigen Postamt in der Angelegenheit des Obersten Reuter ist zugunsten der Postbeamten ausgefallen.

Der Friede zwischen den Ärzten und den Krankenkassen scheint von neuem gefährdet, da durch den Zwiespalt, der an mehreren Orten herrscht, eine Wiederaufnahme des Kampfes nicht ausgeschlossen ist.

Dem Boten in St. Petersburg wurde als Nachfolger Delcassés der Direktor für politische und Handelsangelegenheiten, Paleologue, ernannt.

Das italienische Städtchen Casselgugliello bei Novigo ist durch Feuer fast völlig eingeebnet. Fast die gesamte Bevölkerung von etwa 3000 Menschen ist obdachlos.

Reichstagsarbeit.

Heute nimmt der Deutsche Reichstag seine Arbeit wieder auf. Wie immer nach Ferien stehen Petitionen auf der Tagesordnung. Auch morgen sollen noch Petitionen behandelt werden. Es handelt sich jetzt darum, der Budgetkommission Zeit zu lassen, den Reichshaushalt vorzubereiten. Man wird, wie immer, in der Budgetkommission zuerst den umfangreichsten von allen, den Etat des Reichsamts des Innern, vornehmen. Er kommt dann sukzessive, je nachdem die Kommissionsarbeit fortschreitet, an das Plenum des Reichstages zur zweiten Lesung zurück. Mindestens drei Wochen, wahrscheinlich aber noch länger, wird dieser Stoff die Reichstagsarbeiten beschäftigen. Vielleicht schließt sich daran dann die Beratung des Militäretats oder des Etats des Reichsfinanzamts. Danach würde frühestens Mitte Februar Gelegenheit gegeben sein, auf die Thematika zurückzukommen, die gegenwärtig so lebhaft erörtert werden, auf die peinlichen Vorgänge von Javern. Man erzieht aus dieser Aufzählung, welche politische Bedeu-

tung unter Umständen die Geschäftsverteilung des Reichstages haben kann. Zweifellos wird nach Ablauf von Wochen die Behandlung der letzten Vorkommnisse in den Reichstagen wesentlich ruhiger und sachlicher ausfallen, als wenn sie jetzt sofort in den nächsten Tagen erfolgte. Bis dahin hat auch die heute einsetzende Verhandlung der Affäre im elsass-lothringischen Landtage noch das Idris dazu beigetragen, um den Sachverhalt klarzustellen, die eigentlich Schuldigen zweifellos zu erkennen, das Gesamturteil zu fällen.

Freilich kann sich die hier geschilderte natürliche Entwicklung der Dinge auch wesentlich anders gestalten. Wenn nämlich von irgend einer Seite, etwa von den Sozialdemokraten, eine Interpellation über die freisprechenden Urteile des Straßburger Kriegs- und Oberkriegsgerichts eingebracht werden sollte. Bis zur Stunde ist eine solche Interpellation noch von keiner Seite eingegangen. Aber da die Fraktionen einen solchen folgenschweren Schritt erst in ordentlichen Sitzungen vorbereiten müssen, so ist die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß heute oder morgen entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Dann könnte der Reichstagskanzler die Beantwortung zwar um einige Tage hinauschieben, etwa bis nach Abschluß der elsass-lothringischen Landtagsverhandlungen über diesen Punkt; allein eine Vertagung der Besprechung um vier Wochen wäre dann geschäftsmäßig unmöglich. Aus dem allen geht hervor, daß die politische Luft trotz des heutigen harmlosen Beginns der Reichstagsarbeiten noch reichlich mit Elektrizität geladen ist. Inzwischen ist es dem deutschen Reichstag für die nächsten Wochen auch sonst nicht an wichtigen und allgemein interessierenden Aufgaben. Eine Reihe von Gesetzentwürfen der Reichsregierung für die zweite Lesung liegt fertig oder nahezu fertig vor. Das Gesetz über die Jugendgerichtshöfe hat schon seit vorigem Sommer Kommissionsbericht der Rückkehr ins Plenum. Es ist anzunehmen, daß nach den langen und schwierigen Vorberatungen die Beratung ohne Schwierigkeiten vor sich geht. Unter der leicht wird sich die Plenarberatung über das Konkurrenzkaufgesetz und über die Petroleumborlage vollziehen. Beide Entwürfe haben recht wechselvolle Schicksale in ihren Kommissionen erlitten, scheitern aber jetzt vor ihrer Erledigung zu stehen. Beide Gesetze werden kaum auf einheitliche Annahme im Plenum zu rechnen haben. Auch die neuen Regierungsvorlagen, die noch ihrer ersten Lesung harren, insbesondere das Gesetz zur Neuordnung der Sonntagsruhe, werden nicht ohne Kämpfe in die Kommission gelangen. Daneben beschäftigen sich zahlreiche Sonderausschüsse mit der genauen Durchberatung des Spionagegesetzes, des Postgesetzes, der Novellen zur Umänderung der Heugewinn- und Sachverständigengebühren und der Einsetzung eines Kolonialgerichtshofes. Kommen dann noch die angeführten Besoldungsreformen und ihre Deckungsmöglichkeiten zur Erörterung, so läßt sich jetzt schon erkennen, daß das Arbeitspensum des Reichstages für die nächsten Monate überreich besetzt ist. Möge

das Ergebnis dieser Arbeiten am Schluß der gegenwärtigen Wintertagung mehr Befriedigung zeitigen als der Beginn während der letzten Wochen des alten Jahres!

Nachklänge zu Javern.

Neue Javern-Interpellationen im Reichstag? Aus Kreisen der sächsischen Fortschrittspartei wird mitgeteilt, daß im Reichstage eine neue Interpellation von Fortschrittlicher und wahrscheinlich auch von sozialdemokratischer Seite eingebracht werden soll wegen der Urteile der Kriegsgerichte. Der Reichstagskanzler soll gefragt werden, wie er sich künftig das Verhältnis zwischen Zivil und Militär denkt; außerdem soll er wegen der Gültigkeit der Rabinetto-Verordnung von 1820 befragt werden.

Genf W del in Berlin. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, kommt am Donnerstag nach Berlin und kehrt am Montag den 19. Januar nach Straßburg zurück.

Die reichslandische Bahn. Nach ausführlichen Berichten reichslandischer Blätter hat sich der Unterstaatssekretär Mangel im reichslandischen Landtage auf eine Anfrage wegen Schaffung einer elsass-lothringischen Bahn folgendermaßen geäußert: Ich muß Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß ein aus Berlin eingetroffenes Bescheid gegeben. Auf Grund dieses Bescheides haben die Reichsregierungen als Staatsbahnen in Elsaß-Lothringen zu gelten, solange Elsaß-Lothringen Reichsland ist.

Wünsche für den Reichstag. Die Sozialdemokraten im sächsischen Landtag haben den Antrag eingebracht, daß die elsass-lothringischen Bundesbevollmächtigten im Bundesrat für Umänderung der Verfassung eintreten sollen dahingehend, daß im Falle der völligen Selbständigkeit garantiert und der Charakter eines Bundesstaates auf republikanischer Grundlage (1) verliehen wird. Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt Einführung des Proportionalwahlgesetzes für die zweite Kammer. Ein weiterer Antrag des Sozialdemokraten verlangt Aufhebung des Preßgesetzes für Elsaß-Lothringen und Einführung des Reichspressgesetzes; ferner wird gefordert die Regelung des Wahlrechts und Gewährleistung des Koalitionsrechts an Beamte, Einführung der fakultativen Feuerbestattung, Aufnahme des französischen Sprachunterrichts und die tätigen Unterrichtsgegenstände der Elementarschule, Regelung des Kirchenaustritts, Abschaffung der Vorhüllkassen in höheren Schulen und Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Oberst v. Reuter und die Post in Javern. Die kaiserliche Oberpostdirektion in Straßburg hat den Obersten v. Reuter ersucht, ihr diejenige Beweise zugänglich zu machen, die der Oberst für Verletzungen des Postgeheimnisses durch Postbeamte in Javern hat. Oberst v. Reuter hat daraufhin der Oberpostdirektion 14 Eingangsnummern benannt, in denen ihm nach seinen späteren Feststellungen zustimmende Kurdengebühren für sein Vorgehen nicht zugestellt worden sein sollen. Insgesamt hat

Dienstboten aus alter Zeit.

Studie von Oskar Wiener (Wag).

Schon im Mittelalter bereitete die leidige Dienstbotenfrage dem Hausfrauen manche sorgenvolle Stunde. Eine jede wohlhabende Familie — schreibt Henne am Rhön, der trotzliche Schilderer deutscher Vergangenheit — ein jedes begüterte Geschlecht bedurfte natürlich damals schon einer zahlreichen Dienerschaft, die teils aus Leibeigenen, teils aus freiwilligen Dienstboten, bei Fürsten sogar aus Weibenten bestand; zu ihr gehörten auch die Karren (Knechten) und Zwergen, deren oft recht schlechte Scherz man gegen gehörige Trachten Fräulein dulde. Nicht nur alle Diener, sondern alle Tieserlebenden wurden mit zu angetan, — von dem König also alle, — während Kinder sowohl Eltern, wie die Untergebener ihre Vorgesetzten mit Ehr anbeteten. Das Leben auf den Ritterburgen war mannigfaltiger, als man sich wohl meist denkt. Die Burgherren beschränkten sich durchaus nicht auf Turnieren und Bankettieren; auf Festen und Abendessen; sie hatten vielmehr auch ihre Gärten zu bewirtschaften, und dazu bedurfte es vieler Dienstboten. Für die Bedienung im Hause pflegte man freiwilliges Gesinde den Leibeigenen vorzuziehen und zahlte lieber den Gemieteten einen teuren Lohn, als man die verachteten Bauern in der Nähe suchte. Die Stellung eines Bedienten war bis in die Tage der französischen Revolution überall im Volk sehr angesehen, und den Bürgern schmeckte die goldbetrieblene Arbeit eines Kammerdieners Ehrfurcht und Bewunderung ein. Auch die Kommiss der Kaufleute hielten ihre Diener hoch; beide wurden nur mit Ehr angetan. Der geringeren Klasse Angehörige läßt dem Wohlstand bis heute; er dachte sich nicht an

lauben, vor dem Höheren oder dessen Kinder oder nur an ihrer rechten Seite zu gehen. Der Tieserlebende dagegen hatte von dem Höheren kaum einen Gruß zu erwarten. Eine Dame, die auf ihren Rang etwas hielt, zeigte sich nie auf dem Markte; alle Einkäufe für den täglichen Gebrauch des Hauses besorgte die Dienerschaft, deren Faktotum (Mädchen für alles) die Junge Magd war; reiche Frauen hielten sich noch eine Zofe für die Toilette und eine Nachtreterin, die ihnen das Gebetsbuch in die Kirche nachtrug. Ueber die Dienstbotenfrage in alter Zeit schreibt Henne am Rhön, aber aus vergilbten Aufzeichnungen erfahren wir, daß Anno 1700 ein Jahresgehalt von 200 Franken schon ein stattliches Einkommen für einen Diener war. Das Gehalte der Bürger und Bauern mußte sich noch mit viel weniger begnügen und war froh, wenn es einen Silbergulden monatlich erhielt, welcher Betrag gewöhnlich zu Weihnachten vom Brotherrn für das ganze Jahr auf einmal bezahlt wurde. Die Entlohnung bestand damals eben der Hauptsache nach in der Bekleidung und in der Kleidung. Auch die gute Behandlung wurde in den Sold mit eingerechnet und vom Hausvater gern betont.

Die Treue der Dienstboten jener längst vergangenen Tage wird viel gerühmt, aber wir haben Beweise, daß es mit dieser jetzt so seltenen Gesinnung zu Ungünstigsten Zeiten auch nicht immer glänzend bestellt war. Namentlich in den Bürgerhäusern wechselten die Mädchen ehrsüchtig oft ihre Herren. Da berichtet eine ehrbare Tuchmachergattin, daß in den fünfzig Jahren ihrer Ehe, vom Jahre 1780 bis 1780, zwanzigmal die Hausmagd verabschiedet werden mußte. Da hat jede Küchenke durchschmeißel über zwei Jahre gut getan, was unfern moderner Damen wie ein Mädchen klingen mag, weil ja in manchen Häusern der Ministerwechsel alle vierzehn Tage vor sich geht. Dabei klagen die Dienstboten anno dagamal über den Dien-

botenjammer ebenso wie ihre Leidensgefährten aus der Gegenwart. Ein Landbesitzer erzählt, weil er jedes dritte Jahr ein neues Dienergefühl sehen muß; wir erfahren von ihm auch die Gründe der Kündigung: der eine Diener stellt sich krank, um von seinem Kopfen fortzukommen, der andere verläßt die schöne Stelle, weil ihm die Einsamkeit anheimel, ein nächster bittet um den Abschied, weil er zu wenig Wein am Sonntag bekommt. Von einer Statistin des Dienstbotenwesens aus jener Zeit kann natürlich keine Rede sein, doch so viel ist den alten Aufzeichnungen zu entnehmen, daß kein Diener und keine Magd länger als drei Jahre in dem nämlichen Hause blieben. Ausnahmen beweisen hier wie überall nur die Regel; und wenn Dienstboten bis zu ihrem Tode einem Hause treu blieben, ihre Anhänglichkeit bis ins Greisenalter mehreren Generationen bewahrten, so sind das Fälle, die auch heute noch vorkommen pflegen. Ueber die Dienstbotennot auf dem Lande und über die veralteten Wege in der Stadt klagen die Chronisten immer wieder; denn wer sich freiwillig zu dienen entschloß, der ging lieber in adelige Häuser, trau dem Volksspruch:

Hängst du dich an ein goldenes Wapen, fällt für dich ab ein goldenes Nagel. Das goldene Wapen war aber in Wahrheit oft bloß ein verrosteter Nagel, auf dem nur der Wapen eines vergoldeten Wappens fehl. Viele Leute opfereten ihre ganzen Ersparnisse, um bei einem vornehmen Kavalier einen Dauerposten zu bekommen, denn es mußte tief in den Geldbeutel sein, wollte man ein galloniertes Wapen werden. Dem niedrigen Stallburden, dem beherrschten Küchenjungen, bis zum großartigen Kammerdiener und zum großartigen Hofmeister waren alle Posten adeliger Häuser ähnlich. Man gabte bestimmte, im vorhin schon erwähnte Summen, und bessere Löhne erforderten ein weitläufiges Vermögen. Inzwischen schickte über die Weise solcher